

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Anlage 4

Wie immer bedanke ich mich erstmal bei ihnen Herr Bürgermeister, sowie Herrn Blasweiler, Herrn Walker und ihren Kollegen insbesondere Herrn Haarhaus für die Erstellung des Haushaltes 2011.

Wahrscheinlich macht es jedes Jahr weniger Spaß den Haushalt der Stadt aufzustellen, denn sie würden vermutlich auch lieber mit positiveren Zahlen arbeiten. Aber vielleicht hat wenigstens Herr Haarhaus, als jüngster Mann der Zahlen, irgendwann noch mal das Vergnügen, einen ausgeglichenen Haushalt für die Stadt Lüdenscheid zu präsentieren...

In den nächsten Jahren allerdings meine Damen und Herren, werden wir wohl trotz beginnenden, vielleicht sogar rasanten Wirtschaftsaufschwungs keinen positiven Haushaltsentwurf erleben dürfen.

Wer aufgrund der neusten Prognosen der Wirtschaftsweisen bereits heute mit Versprechungen die Bürger auf die nächsten Jahre vertröstet oder gar in Jubelschreie verfällt oder sogar von Steuersenkungen im Bund spricht, der handelt unseriös und zwar auf der ganzen Linie!

Meine Skepsis ist durch die schwarz-gelbe Bundesregierung begründet, die systematisch das Land und die Kommunen schwächt, indem sie durch Aufgabenübertragungen des Bundes auf das Land und letztlich auf die Gemeinden zu extremen Notlagen der Städte maßgeblich beiträgt.

Wer lieber Abwrackprämie oder an Hoteliers und Atomindustrie Geschenke verteilt - also den Lobbyisten Geld in den Rachen wirft - für den scheint es Programm zu sein, immer neue Lasten auf die abzuwälzen, die am Ende der Kette stehen und denen häufig nichts anderes übrig bleibt, als wiederum diese Kosten an die Bürgerinnen und Bürger weiterzureichen.

Das kann schon so manches Mal echt deprimierend sein, zu wissen, dass wir bei unserem strukturellen Defizit – u. a. ausgelöst aufgrund unendlicher Pflichtaufgaben der Stadt - einem Defizit von 25 Millionen, letztendlich nur über einen minimalen Betrag von vielleicht 10 % frei entscheiden können, anders gesagt – nur dieser kleine Teil ist von uns überhaupt zu verteilen, der große Rest, geht ans große Ganze, nämlich an Kreis, Land und Bund.

Glaubt da wirklich einer von ihnen, meine Damen und Herren, dass wir unseren Schuldenberg nachhaltig beeinflussen oder gar drastisch reduzieren können?

Uns bleibt nichts anderes übrig, als in vielen, kleinen Schritten Geld einzusparen oder einzunehmen. Doch genau diese kleinen Schritte sind für viele Bürgerinnen und Bürger die sichtbarsten Einschnitte im privaten und gesellschaftlichen Bereich unserer Stadt überhaupt.

Wenn es um Einsparungen oder Einnahmen geht, muss jeder hier im Saal, jeder einzelne von uns, Flagge bekennen und sagen, in welchen Bereichen am ehesten das Geld anders oder auch gar nicht zu verteilen wäre.

Die diesjährigen Einsparungen, vor allem die pauschalen Kürzungen von 20% trifft die eine Institution und den anderen Verein härter, manche schwächer. Deshalb ist es auch richtig gewesen, die Nachbesserungen beim CBeeF zuzulassen und vor allem die Kürzungen bei der Lüdenscheider Tafel aufgrund des CDU-Antrags zurück zunehmen.

Grundsätzlich sieht gerechtes Sparen sicher anders aus, deshalb ist es für uns von absoluter Notwendigkeit, die 20 % - Kürzung im Jugendhilfe-Etat im nächsten Jahr inhaltlich zu diskutieren und nach gemeinsamen Lösungsvorschlägen zwischen Politik, Verwaltung und Freien Trägern zu suchen. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier gemeinsam Einsparideen entwickeln können, die eine gesicherte Weiterarbeit der Einrichtungen zulässt.

Den wenigen Gestaltungsraum zu nutzen, den wir aufgrund des finanziellen Desasters und möglicherweise überhaupt noch durch die kommunale Aufsichtsbehörde haben, wird unsere primäre Aufgabe der nächsten Jahre sein. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung und für jede Partei wichtig, eigene Prioritäten zu setzen, damit der Wähler auch zwischen den Wahlen weiß, was er von welcher Partei erwarten kann.

Unsere GRÜNEN Prioritäten für Lüdenscheid sind vor allem

- Chancengleichheit – mit dem Erreichen von Bildungsabschlüssen unabhängig von der Herkunft, mit dem qualitativen Ausbau von frühkindlicher Förderung und Offenen Ganztagschulen
- Familienfreundlichkeit – mit der Sanierung von Spielplätzen, bedarfsgerechtem Ausbau der U3-Betreuung und vielfältigen, offenen Angeboten
- Klimaschutz und Energieeinsparung – mit selbstverständlicher CO2-Reduzierung und dem Mut, zu neuen Ideen

Die familienfreundliche Stadt ist wohl der Inbegriff GRÜNER Politik schlechthin. Und gerade deswegen mussten wir uns - zu Recht - in den letzten Wochen fragen lassen, warum wir die Erhöhung der Elternbeiträge für den Kindergarten mittragen. Bereits in meiner letzten Haushaltsrede habe ich auf mögliche Erhöhungen der Beiträge hingewiesen, und Wert darauf gelegt, dass diese - da sie jetzt wirklich eintreten – sozialverträglich sind. Durch die prozentuale Erhöhung zwischen 4-9% und der Beibehaltung des kostenlosen Kindergartenbesuches bei geringfügigem Einkommen, sowie für die Geschwisterkinder, ist dies aus unserer Sicht zu vertreten, auch wenn wir dies in unserer Fraktion ausgesprochen kontrovers diskutiert haben. Zudem finde ich es ehrlicher, an der Form der Erhöhung mit zu arbeiten, als grundsätzlich Erhöhungen auszuschließen, obwohl es völlig klar ist, dass die Aufsichtsbehörde einen gegenteiligen Beschluss sicher beanstanden würde.

Aber wahrscheinlich ist es für die CDU einfacher, unangenehme Entscheidungen auf die Aufsichtsbehörde abzuschieben, statt einen aufrichtigen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu pflegen. In jedem Fall bin ich froh, gemeinsam mit der Ampelkooperation die von der Verwaltung vorgeschlagene dreistufige Erhöhung der Kindergartenbeiträge verhindert zu haben.

- Liebe Verwaltung- „ein zusätzliches dickes Ding“ ist der morgen im JHA zu diskutierende Vorschlag der Essensgelderhöhung um 16%. So ein Vorgehen ist für mich in keinsten Weise nachzuvollziehen. Da lässt man erst die Politik über die eine Beitragserhöhung abstimmen und kommt am nächsten Tag gleich mit der nächsten! Hier sagen wir GRÜNEN ganz klar: NEIN, nicht mit uns. Diese Doppelbelastung werden wir den Kindergarteneltern nicht zumuten.

Wo ich doch gerade die CDU erwähnt habe,...

Sie stellen sich seit Wochen hin, und fordern nichts anderes als Ausgabenverringerung statt Einnahmenerhöhung.

Löblich, löblich – könnte man meinen.

Bis heute haben wir aber noch keinen einzigen Vorschlag der deutlichen Ausgabenverringerung von ihnen gehört!

Oder doch, warten sie – ich konnte in der Zeitung lesen, dass ihnen der Stellenabbau in der Verwaltung nicht schnell genug gehen würde. Ist das also ihr Einsparungsvorschlag schlechthin? - Traurig, traurig!

Vielleicht haben sie aber auch noch andere in der Hinterhand, und trauen sich nicht, diese zu äußern???

Ausgabenverringerung- meine Damen und Herren- bedeutet nämlich nichts anderes als einen qualitativen Abbau von Angeboten oder Stellen in der Stadt, mindestens so unangenehm wie Einnahmenerhöhung.

Irgendwann reicht es aber auch in der Opposition nicht mehr aus, nur löbliche Worte zu finden, irgendwann und vor allem, wenn sie mit uns gemeinsam Verantwortung für unsere Stadt übernehmen möchten, müssen sie endlich und ehrlich Farbe bekennen, welche Ausgaben sie verringern möchten, welche Stellen sie schneller abbauen wollen, also welche Aufgaben sie, die CDU, künftig wegfallen lassen möchten.

Trauen sie sich, und machen sie konstruktive Vorschläge!

Dass es aber auch gute gemeinsame Gespräche von Ampelkooperation, CDU, Linken und LL geben kann, zeigen die ersten internen Diskussionen zur Verwaltungsreform. Hier scheint eine gemeinsame Basis zum weitgehenden Umbau der Verwaltung und somit langfristige Einsparungen möglich zu sein.

Ähnlich gute Gespräche erhoffe ich mir auch zum Dauerthema Parkpalette Corneliusstrasse.

Im Kooperationsvertrag der Ampel ist dieses Thema als unverzichtbar festgehalten. Die Anwohner der Altstadt, sowie die Geschäfte in der Oberstadt, leben seit Jahren mit einem Provisorium, das nicht länger hingenommen werden kann.

Sie haben ein Recht darauf, dass wir uns nun endlich und endgültig für die notwendigen Parkplätze stark machen. Herr Bürgermeister, wir sind in der

Pflicht, die Verträge der Anwohner zu beachten und ich fordere sie auf, umgehend nach neuen Lösungen zu suchen.

Noch einmal zurück zur familienfreundlichen Stadt Lüdenscheid.

Familienfreundlichkeit zeichnet sich auch dadurch aus, dass Kinder in eine Gesellschaft hineingeboren werden, die sich um sie kümmert, wenn Eltern aus unterschiedlichsten Gründen vorübergehend oder für immer dies nicht können. Hier setzt der Bereich der Frühen Hilfen bereits im Säuglingsalter an, Kinder und ihre Eltern mit individuellen Hilfsangeboten zu unterstützen. Um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen, deren Umsetzung zu realisieren, sowie Unterstützungsnetzwerke aufzubauen ist personeller Einsatz notwendig. BÜNDNIS 90/GRÜNE werden diesen neuen alten Arbeitsbereich der Jugendhilfe weitestgehend unterstützen und notwendige Mittel dafür bereitstellen.

Unterstützend eingreifen und somit praktische Familienhilfe leisten, können auch die unterschiedlichsten Betreuungsformen, wie Kindergarten, Offene Ganztagsgrundschule oder weiterführende Schule. Damit Schule ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen kann, ist eine notwendige personelle Ausstattung unbedingt notwendig – und damit sind nicht nur Lehrer gemeint, sondern vor allem Schulsozialpädagogen die die Lehrer im Vormittagsbereich unterstützen können, damit guter, konfliktfreier Unterricht möglich ist und am Nachmittag sinnvolle Freizeit- und Förderangebote gemacht werden können.

Mittlerweile sind unsere Grundschulen und viele weiterführende Schulen quasi Ganztagschulen – unabhängig davon, ob sie offiziell so heißen oder auch nicht – im übrigen auch unabhängig davon, ob der Nachmittag für Eltern Geld kostet oder nicht, und somit steht fest, dass hier durch eine veränderte Schulkultur, auch ein erhöhter pädagogischer Betreuungs- und Beratungsbedarf entsteht. Wenn wir es also schaffen, die uns anvertrauten Kinder in der Schule gut betreuen zu lassen, den Einfluss eines Schulganztages nutzen, können wir zunächst durch Mehrausgaben im Personalbereich letztlich Folgekosten für besondere Betreuungsmaßnahmen einsparen.

Ich kann einfach nicht verstehen - auch weil ich beruflich jeden Tag mit den so genannten schwierigen Kindern und Jugendlichen zu tun habe - wie einige Parteien, diese pädagogischen Einflussmöglichkeiten nicht wahrhaben wollen. Wann wachen sie endlich auf? Wann sind sie endlich bereit, hier neue Wege zu gehen?

Neue Wege in der Schullandschaft Lüdenscheids gehen wir vielleicht aufgrund der eingeforderten Schulentwicklungsplanung. Wer hier Begriffe in Schulsicherungsplanung u. ä., verändern will, der kennt scheinbar nicht den Begriff der Schulentwicklung, bzw. sieht nicht deren Chancen. Schulentwicklung ist nicht gleich Schulschließung, sondern führt Möglichkeiten auf, wie Lüdenscheider Schulen und zwar alle, weiterführende Schulen genauso wie Grundschulen, weiterentwickelt werden können, um

allen Schülern ein gutes pädagogisches Angebot anbieten zu können. Es ist allerdings unsere gemeinsame Aufgabe, aus dieser Planung, für unsere Kinder ein sinnvolles Paket zu schnüren.

Weg von der Bildung – wieder hin zu Haushaltsspezifischen Themen:

Bahngleise – oder besser Verlegung der Bahngleise in der Stadt Lüdenscheid.

Wir können uns ja alle so was von glücklich schätzen, dass wir dieses Jahr Bahngleise verlegen konnten. Wer hätte gedacht, dass unser Bahnhof noch mal so ein richtiger Geldesel werden würde. Manch einer wird gedacht haben, „wenigsten dazu ist er gut – unser Bahnhof“. Eigentlich Schade, dass wir nur eingleisig fahren können- oder sollten wir vielleicht zweigleisig ausbauen? Wir hätten noch so viele Finanzierungslücken!!

Dank des Bahngleises konnten z. B. Mehrausgaben bei der Pausenhalle von 100.000 € verwirklicht werden. Aber halt – eigentlich sollten wir doch sparen, oder nicht?

Warum werden „übrig gebliebene“ Gelder sofort für andere Zwecke ausgegeben? Warum, meine Damen und Herren, werden übrige Gelder, also Haushaltsposten, die großzügig eingeplant waren, nicht von der Kämmerei sofort auf das Sparbuch gelegt? Nicht verwendete Haushaltsmittel in dieser Größenordnung müssen aus unserer Sicht sofort eingefroren und somit eingespart werden. Wir GRÜNEN fordern, dass regelmäßig von der Kämmerei berichtet wird, wenn Gelder nicht voll ausgeschöpft werden, so dass diese nicht automatisch zur Weiterverwendung geschröpft werden können. Nur so, kann echte Einsparung aussehen.

Ebenso einfach machen wir – und damit meine ich uns Politiker alle zusammen – es uns, bei Finanzierungslücken sofort Stadtwerke und Sparkasse ins Spiel zu bringen. Es ist einfacher z. B. an die Sparkasse heranzutreten und um Spenden zu bitten, statt eine ernsthafte Aufgabenkritik durchzuführen. Aufgabenkritik bedeutet nicht automatisch eine Streichung von Aufgaben, es bedeutet aber ein genaues Hinsehen, eine Überprüfung von vorhandenen Aufgaben, und vor allem eine mögliche Übernahme von neuen Projekten.

Allerdings muss uns klar sein, dass diese Gelder fast die einzige Möglichkeit der Finanzierung von reinen freiwilligen Leistungen sind. Deshalb fordern wir ein breit aufgestelltes Gremium, was die Sparkasse darin unterstützt, ihre Spenden sinnvoll einzusetzen. Hier sollten wir Ratsfraktionen uns nicht den wenigen Gestaltungsspielraum nehmen lassen.

Zum guten Schluss ein Wort zum Bürgerhaushalt.

Der Bürgerhaushalt ist ein erster guter Schritt zu breiten Beteiligung der Lüdenscheider Bürger an der Finanzierung der Stadt. Viele Ideen sind

angestoßen worden, die in dieser Form zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht noch nicht von uns Politikern angesprochen worden wäre.

Da wäre z. B. der 2. Radarwagen oder die Schließung der Galerie. Beide Themen werden im nächsten Jahr inhaltlich mehr oder weniger kontrovers diskutiert werden. Wenn aber die Kunstfreunde bereits jetzt von einem Stuttgart 21 für Lüdenscheid sprechen, dann hinkt dieser Vergleich aber dermaßen, da fällt mir nichts mehr zu ein.

Feststeht, dass mit diesen beiden Beispielen alle Lüdenscheider sehen, dass sie mit ihren Vorschlägen Gedanken bewegen und Richtungen bestimmen können.

In diesem Zusammenhang ist der Bürgerentscheid zum Familienplatz, im Übrigen, ein weiteres gutes Beispiel für Bürgermitbestimmung im Frühjahr dieses Jahres zu sehen. Auch wenn wir als glühende Anhänger des Platzes keine Mehrheiten gefunden haben, ist ein Bürgerentscheid der richtige Weg kontroverse Themen zu diskutieren und zur Abstimmung zu bringen.

Für den nächsten Bürgerhaushalt wünschen wir GRÜNEN uns noch mehr Resonanz seitens der Bürgerinnen und Bürger, und fordern alle Menschen in unserer Stadt auf, sich so an finanziellen Entscheidungen zu beteiligen. Nutzen sie ihre Chance, ihre Anliegen auch in den Ausschüssen vorzutragen, um für ihre Sache zu kämpfen. Diskutieren sie mit uns, und beeinflussen sie so direkt politische Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, BÜNDNIS 90/GRÜNE werden dem Haushalt heute zustimmen und fordern alle Parteien gleichzeitig auf, konstruktiv und gemeinsam am neuen Haushalt mit zu arbeiten. Durch gemeinsame ehrliche Gespräche können wir über ideologische Parteigrenzen hinweg, unsere Stadt nachhaltig weiterentwickeln.

Denn ich möchte auch in Zukunft gemeinsam mit ihnen in einer Stadt Lüdenscheid leben, die sich bewusst für die Vielfalt ihrer Menschen einsetzt, von der ich weiß, dass Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit oberstes Gebot ist und von der ich sehe, dass sie verantwortungsvoll mit den Ressourcen ihrer Umwelt umgeht.

Vielen Dank

Tanja Tschöke